



Diskussion mit Jakob Juchler und Andreas Hoessli

Der Zusammenbruch eines Systems

Der Umbruch in Osteuropa ist in erster Linie der Zusammenbruch des Stalinismus. Nach Jahrzehnten der staatlichen Zwangsherrschaft über Wirtschaft und Gesellschaft ist die Fähigkeit dieses Systems, sich selbst zu erhalten und weiterzuentwickeln, ausgelebt.

Für die BRESCHE unterhielten sich Fritz Osterwalder und Roland Brunner mit den beiden Osteuropa-Experten Jakob Juchler und Andreas Hoessli.



Jakob Juchler ist Soziologe und Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Über seine regelmässigen Aufenthalte in Polen schreibt er vor allem in der Wochenzeitung. Er ist Autor des Buches «Die sozialistische Gesellschaftsformation. Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-84)».

Andreas Hoessli, Jakob Juchler, was ist in Osteuropa wirklich zusammengebrochen? Sind es die politischen Herrschaftssysteme? Wie weit sind die politischen Kräfte, auf die sich diese despotischen Regimes abgestützt haben, auch zusammengebrochen?

Jakob Juchler: Meiner Meinung nach sind es beide, wobei bisher erst der politisch-ideologische Überbau wirklich zusammengebrochen ist. Die Ideologie einer führenden Rolle einer Kommunistischen Partei hat ausgespielt. Ich glaube, dass das unwiderruflich ist in diesen Ländern. In den sozialistischen Entwicklungsländern müsste man das noch etwas anders betrachten.

Dass das zusammengebrochen ist hängt aber meines Erachtens damit zusammen, dass die wirtschaftliche Grundlage dieses Systems, die immer schwach war, in den letzten Jahren noch mehr geschwächt worden ist und dass diese Krise nicht aufgefangen werden konnte innerhalb des traditionellen realsozialistischen Systems. Das hat auch den Apparat und die Kader dazu gebracht, nicht mehr an das System zu glauben. Geglaubt haben sie eigentlich schon lange nicht mehr daran. Aber jetzt konnten sie auch diese Herrschaftsstrukturen nicht mehr verteidigen. Sie haben den Rückzug angetreten oder antreten müssen. Die Frage ist dann nur, in welche Richtung geht jetzt dieser Entwicklungsprozess.

Andreas Hoessli: Ich glaube, dass ganz klar ein System zusammengebrochen ist, zu dem die Wirtschaft gehört. Ich glaube

nicht so sehr, dass es einfach ein politischer Zusammenbruch ist. Es ist ein System zusammengebrochen, das – schematisch zusammengefasst – aus sich heraus keine neuen Triebkräfte hervorgebracht hat. Ein System, das eine zeitlang funktionieren konnte unter Bedingungen der Abgeschlossenheit, des Wiederaufbaus nach dem Krieg, des Kalten Krieges. Der wirtschaftliche Zusammenbruch dieses Systems hat aber bereits in den 60er Jahren begonnen. Der ganze Zusammenbruch war also ein langer Prozess des gesamten Systems.

Wenn wir auf den konkreten Fall Rumänien eingehen, so scheint dort doch weder das politische noch das wirtschaftliche System wirklich tief eingebrochen zu sein. Aus den Wahlen ging ein Teil des alten Herrschaftssystems als Sieger hervor und die wirtschaftlichen Massnahmen sehen auch nicht so aus, wie wenn hier wesentlich neue Impulse folgen würden.

Andreas Hoessli: Rumänien ist unter einem Aspekt ein Spezialfall. In diesem Land existierte ein stalinistisches Modell bis zu einem Zeitpunkt, als dies in den anderen Ländern längst aufgebrochen war. Das hat seine Gründe in der Geschichte: Es hat hier nie starke nationalistische Bewegungen wie in Polen gegeben, die zu einem Zusammenschluss der Gesellschaft führten. Es ist hier nie wirklich eine Zivilgesellschaft entstanden, es gab hier nie eine richtige bürgerliche Revolution. Wenn man heute in Rumänien

in ein Dorf geht, dann sieht man dies ganz eklatant. Die Leute haben und hatten Angst. Die Menschen sprechen nicht über ihre Bedürfnisse und Probleme. Das ist ein riesiger Unterschied zu anderen Ländern in Ost- und Mitteleuropa.

Das wirtschaftliche System ist aber zusammengebrochen. Das ist einer der Gründe für den Sturz des Ceausescu-Regimes. Der Zusammenbruch der Nahrungsmittelverteilung in den kalten Wintern, der Zusammenbruch der Landwirtschaft ist an allen Ecken und Enden zu beobachten. Damit ist auch ein politisches System zusammengebrochen, das in diesem speziellen Fall noch stalinistischen Modell-Charakter hatte. Du hast gesagt, dass die alten Kräfte heute nicht zerstört sind. Ich glaube nicht, dass das System, so wie es sich jetzt herausbildet, überleben wird. Neue Perspektiven für die Wirtschaft entstehen daraus nicht.

Die alten Kräfte, die dieses System dominiert haben, taten dies als politische Kräfte, die aber auch in den Betrieben und in der ganzen Volkswirtschaft eine starke Stellung einnahmen. Wurden jetzt die wirtschaftlichen Positionen einfach geräumt oder halten sie die weiterhin in ihren Händen? Es ist ja nicht so, dass plötzlich ein neuer Verteilungsmarkt installiert ist, obwohl es grosse informelle Sektoren gibt.

Jakob Juchler: Das hängt auch sehr stark vom Land ab. Was Rumänien betrifft, bin ich Andis Meinung: Rumänien ist in diesem Sinne ein Nachzügler. Auch

Andreas Hoessli arbeitet fürs Fernsehen DRS und weilte für längere Zeit in Polen und in letzter Zeit in Rumänien. Er ist Autor des Buches «Planlose Planwirtschaft. Krisenzyklus und Reformmodelle in Polen».



hier wird sich der Apparat in verschiedene Fraktionen aufspalten, wie man das in anderen Ländern heute schon sieht. Das anschaulichste und fortgeschrittenste Beispiel dafür ist Polen. Die alten Apparatschiks an den oberen Stellen sind praktisch entmachtet. Wenn sie unten noch da sind, so mit völlig anderer Ausrichtung. Sie verteidigen nicht mehr diesen Apparat, der völlig diversifiziert ist. Jetzt beginnt die Hetzjagd auf die Führungspositionen in der Wirtschaft. Zum Teil werden hier auch Leute abgesetzt, die nicht eigentlich zum Apparat gehörten: Manager, Direktoren, die natürlich in der Kommunistischen Partei waren, weil sie sonst nicht Direktoren geworden wären. Diese ziehen sich heute zum Teil zurück oder gehen in kleine Aktiengesellschaften. Das ist sehr populär. Sie versuchen, sich in den Privatsektor abzusetzen. Sie versuchen, ihre Wirtschaftsposition einigermassen zu halten.

Man kann das beinahe vergleichen mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, als auch die einsichtigeren Feudalherren, vor allem der englische Landadel, die Gentry, sich auch zum Finanzkapital durchgemausert hat. Das gelingt aber nur einem Teil der alten herrschenden Schicht. Ob die alten Bürokraten jetzt neue Positionen übernehmen oder ob sich neue Eliten herausbilden, spielt eigentlich keine Rolle. Der politische Einfluss auf jeden Fall ist am zerfallen. Das grosse Problem bildet die Übergangsphase: Privatisieren wollen alle, aber wie sie das machen sollen, darüber gehen die Meinungen stark auseinander.

Andreas Hoessli: Nochmals zur Frage, was zusammengebrochen ist. Diese Frage ist wichtig, denn sie ermöglicht zu verstehen, was heute geschieht mit den Privatisierungen. Was die Privatisierungen und diese starke neoliberale Ideologie erklärt, ist, dass diese Gesellschaften in den letzten 20 Jahren nicht wie die lateinamerikanischen Diktaturen einzig auf offener Gewalt beruhten. Selbst unter Ceausescu gibt es viele Übertreibungen, was die Repression betrifft. Ein wesentliches Element dieser Systeme war die Kontrolle durch den Herrschaftsapparat, den Überbau – vor allem mittels der Sprache. Diese Bürokratie entwickelte aus sich selbst heraus in der Gesellschaft keine eigentliche Funktion in bezug auf die neuen Produktionsverhältnisse. Deshalb bedeutete die Kontrolle der Sprache so viel. Von daher ist auch zu verstehen, dass die liberale Ideologie in so kurzer Zeit einen so zentralen Stellenwert einnimmt. In diesen Gesellschaften hat es nie wirklich eine Auseinandersetzung mit etwas Realem, mit Kapitalismus oder Marktwirtschaft gegeben. Es scheint abstrakt, aber es waren ganz spezifische Produktionsverhältnisse, die wenig bis nichts mit dem zu tun hatten, was wir uns hier für ein Bild davon machten.

Ist absehbar, dass sich soziale Kräfte formieren in diesem Übergang, wenn ja, dann welche? Wir haben das Beispiel von Polen, wo sich mit Solidarnosc diese Kräfte schon vorher formierten. In der Sowjetunion bilden sich natürlich die nationalen Bewegungen heraus. Oft

wird aber auch von ähnlichen Prozessen wie Solidarnosc in den 80er Jahren für andere Länder gesprochen.

Jakob Juchler: Das ist eine zentrale Frage. Jetzt herrscht ein ideologisches Vakuum. Vorher war die Kontrolle von oben da und Meinungen konnten sich nur informell von unten bilden. Das verursachte ein völliges Chaos in den Bewusstseins-Strukturen. In den Köpfen der Leute entstanden Mischungen, die sich mit Slogans überkreuzt haben. Es gab aber keine auskristallisierten politischen Vorstellungen.

Es gab eine Trennung zwischen offizieller Meinung, die wiedergegeben werden konnte, und der privaten Meinung, die aber nicht klar definiert war. Das ist eine der schwerwiegendsten Lasten des alten Systems, das es auch heute sehr schwierig macht, neue Kräfte zu formieren. Wir sehen nun, dass überall diese alten Parteien, Bewegungen, Gruppierungen wieder aufkommen, fast anachronistisch, die vor der Installierung dieses Systems existierten. Sie reichern sich jetzt mit modernen Gedankensplittern an, treten aber auf der politischen Szene zunächst einmal als Folklore auf. Bis jetzt sind keine klaren programmatischen Richtlinien entstanden. Dass es sehr schwierig ist, das zu formulieren, hängt eben mit dieser formalistischen Kontrolle oben und dem informellen Chaos unten zusammen.

Eine Hauptkraft, die jetzt entsteht, ist einerseits der doktrinaire Liberalismus. Das sind vor allem die Intellektuellen. Sonst genießt er wenig Popularität in der breiten Bevölkerung. In allen Meinungsum-

«Die Sowjetunion ist das Ergebnis eines imperialistischen Staates»

fragen sehen wir die Widersprüche: Die Menschen sind heute für Markt und Privateigentum, aber gegen soziale Differenzierung und gegen Arbeitslosigkeit.

Dieser Liberalismus ist sehr oberflächlich. Markt ist ein Slogan, eine inhaltslose Chiffre wie vorher der Plan, weil niemand eigentlich weiss, was das dann auch sein wird. Man fürchtet Arbeitslosigkeit und Einkommensunterschiede, aber der Liberalismus als Ideologie entspricht eben nicht dem westlichen Liberalismus. Längerfristig gebe ich ihm keine Chance – im Gegensatz zu dem, was viele Leute hier im Westen glauben. Ich sehe eher Chancen für soziale Kräfte, sich Richtung Sozialdemokratie zu formieren, die eine Art aufgeklärten Staatsinterventionismus betreiben würde – allerdings sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür sehr schlecht. In allen Meinungsumfragen ist das aber die populärste Variante, obwohl sie politisch meist nicht zum Tragen kommt. Es fehlt das Vertrauen, dass sie die Wirtschaft stabilisieren könnten. Deshalb wird entgegen der Überzeugung heute oft liberal gewählt. Ungarn und die DDR sind Beispiele dafür. In Polen wird sich das Problem stellen, wenn die Solidarnosc in politische Flügel auseinanderfällt.

Eine andere Strömung, die ich für die nächsten drei, vier Jahre als sehr wichtig erachte, sind die rechtsnationalistischen, populistischen Bewegungen, die zum Teil an alten Ideen und vorhandenen ideologischen Formen anknüpfen. Man muss sich immer in Erinnerung rufen, dass in der Zwischenkriegszeit einzig die Tschechoslowakei einigermaßen demokratische politische Strukturen hatte. Sonst gibt es keine parlamentarisch-demokratische Tradition. Deshalb können

solche Bewegungen in einer sich verstärkenden Wirtschaftskrise einen grossen Aufschwung erleben, obwohl sie auch keine langfristigen Lösungen anzubieten haben. Aber diese Slogans kann man verkaufen und die Leute merken noch nicht, dass es nicht mehr als Worte sind, die sich nur im Wortlaut von der Sloganproduktion der alten Kommunistischen Partei unterscheiden. Hier liegt die grosse Gefahr: Eine militante nationalistische Rechte kann bei sich verschärfender Krise Zulauf gewinnen und politische Macht ausüben.

Andreas Hoessli: Ich glaube auch, dass diese Tendenz zu nationalistischen Bewegungen sehr stark sein wird. Das hat viel zu tun mit der Sprach- und Geschichtslosigkeit dieser Gesellschaften. In den osteuropäischen Ländern hat die eigene Verarbeitung der Geschichte in der Zeit von 1945/48 praktisch aufgehört. Es kam zu einer Zweiteilung: Die Intelligentsia, die eine sehr wichtige Rolle spielt und die die Kader- und Leitungsfunktionen in Staat und Wirtschaft innehat, orientiert sich stark Richtung Marktwirtschaft. Die ProduzentInnen, die vorher nichts zu sagen hatten, haben wieder nichts zu sagen. Daraus entstehen diese nationalistischen Bewegungen. Dahinter stehen aber auch reale Probleme. Die Sowjetunion ist das Ergebnis eines imperialistischen Staates, wie das auch der sowjetische Historiker *Juri Afanasjew* formuliert. Als solches wird sie sehrwahrscheinlich auseinanderbrechen. Man muss das heute offen aus-

sprechen, denn das schafft auch die Berechtigung dieser nationalen Bewegungen. Wir erleben heute in der Sowjetunion ein hilfloses Bemühen des Reform-Flügels um

Gorbatschow, dieses Gebilde zusammenzuhalten. An diesem Punkt wird diese Politik auch scheitern.

Das tönt alles enorm resigniert. Das Bürgertum jubelt über den Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus. Die russische Stalinistin Nina Andrejewa lamentiert in ihrem neuesten Artikel ebenfalls vom Endsieg des Kapitalismus. Der Sozialismus werde zerschlagen in der Konterrevolution Gorbatschows. Auch bei uns hört man oft Stämmen, die die Ereignisse in Osteuropa als Sieg des Imperialismus charakterisieren. Wenn wir die Entwicklung einzig von diesem Gesichtspunkt her anschauen, geht doch auch etwas sehr wichtiges verloren. Sieben Jahrzehnte Stalinismus haben zwar die letzte Hoffnung zerschlagen, dass auf diesem Mist etwas Positives wachsen könnte. Eine Logik oder zumindest Türe nach vorne, im Übergang, scheint zugeschlagen. Zugleich bedeutet aber der Zusammenbruch des Stalinismus für Millionen Menschen erstmals die Garantierung demokratischer Rechte, Meinungsfreiheit, Organisations- und Pressefreiheit usw. Welche Bedeutung gibt ihr diesen neuen Errungenschaften? Entstehen hier nicht auch neue Chancen und Handlungsspielräume, die positiv gewertet werden müssen?

Andreas Hoessli: Wir haben jetzt sehr allgemein über die sozialen Kräfte und

«Markt ist ein Slogan, eine inhaltslose Chiffre wie vorher der Plan»

die wirtschaftlichen Perspektiven gesprochen. Ich würde jederzeit sagen, dass das was geschieht für die Leute positiv ist. In der perspektivischen Diskussion bin ich aber pessimistischer.

Jakob Juchler: Die aktuellen Ereignisse haben sicher auch einen positiven weltweiten Effekt. Antiautoritäre und antidiktatorische Bewegungen auf der ganzen Welt wurden in ihrem Kampf gestärkt, sei es in Burma, Gabun oder wo auch immer. Über die Medien und in intellektuellen Kreisen hat das Auswirkungen. Hier ist der Zusammenbruch des Stalinismus sicher positiv zu werten. Hätten diese Gesellschaften noch länger stagniert, so wäre der Zusammenbruch noch heftiger geworden. Dann wäre nicht einmal mehr ein Schimmer einer Hoffnungsperspektive angesagt gewesen. Man muss betonen, dass es positiv ist, dass dieses System so schnell zusammengebrochen ist. Noch vor ein paar Jahren hätte ich das nicht zu prophezeien gewagt.

Zurück nochmals zur sozialen Strukturierung der Gesellschaft. Seid ihr der Auffassung, dass der Liberalismus westlicher Prägung keine Chance hat, weil niemand östliche Betriebe kaufen kann oder will? Das würde dann bedeuten, dass Struktur-Massnahmen ein grosses Übergewicht haben werden in der nächsten Zeit. Die Frage ist dann: Strukturieren sich nur Regierungskader, verschiedene Parteien, der Staat, oder strukturieren sich um solche Probleme herum auch soziale Kräfte, die soziale und ökologische Rahmenbeschränkungen für den Markt fordern?

Jakob Juchler: Sicher gibt es auch diese Prozesse. Man sieht das z.B. in der Sowjetunion, wo sich doch langsam eine Arbeiterbewegung wieder zu konstituieren beginnt. Die Arbeiterföderation, die kürzlich gegründet wurde von verschiedenen Gruppierungen, zeigt schon, dass die Leute den sozialen Problemen gegenüber sehr sensibel sind. Die Menschen sind nicht so naiv. Sie sehen die Probleme, die der Markt schaffen wird. Aber sie glauben jetzt noch, dass das die einzige Möglichkeit ist, aus dem Schlamassel herauszukommen. Am Beispiel Polen sieht man das deutlich. Die Umgestaltungsstrategien, die Stabilisierungspolitik, die mit neoliberalen Mitteln eines harten Austeritätskurses durchgepeitscht wurde, fand die Unterstützung von 60% der Bevölkerung – allerdings mit dem Hintergedanken und sozusagen konditional, dass sich die Wirtschaftslage in einer kurzen Zeit verbessern muss. Umfragen aus der UdSSR und Ungarn zeigen eine Akzeptanz in die gleiche Richtung. Das Hauptproblem für die Menschen ist, wie sie sich sozial darauf einstellen können. Solidarnosc ist in einer schwierigen Situation, weil sie einerseits die Regierung mitträgt, andererseits als Gewerkschaft die Arbeiterinteressen vertreten sollte. Am letzten Solidarnosc-Kongress wurde dieser Widerspruch auch nicht aufgelöst. Soziale Sicherung und Kaufkraft-Verteidigung gewannen etwas an Gewicht, aber eine klare Programmaussage kam nicht zustande. Dieser Kampf wird sich auch wieder politisch artikulieren. Ein Teil wird versuchen, die Ge-

werkschaftsbewegung stärker zu politisieren mit populistisch-rechtsnationalen Slogans, ein anderer Teil definiert sich sozialdemokratisch-linksliberal, die Privatisierung und Arbeiterinteressen miteinander verbinden wollen. Ein Beispiel dafür sind die Vorschläge für Aktiengesellschaften, in denen die Mitarbeiter dominieren, indem sie eine Aktienmehrheit günstig kaufen können.

Für solche Modelle fehlt dann aber wieder das Geld, weil bei den Stabilisierungsmassnahmen das Geld abgeschöpft worden ist. Ich sehe hier also zwei Logiken: Die klassische Interessenvertretung, die in der jetzigen Wirtschaftslage sehr schwierig ist einerseits und andererseits die institutionelle Interessenwahrnehmung im neuen Marktsystem mittels einer Art dritten Weges.

Hier liegt doch aber das Problem. Du nennst das sozialdemokratische Variante. Das hat doch aber wenig bis nichts mit westlicher Sozialdemokratie zu tun. Ist das dann einfach eine Forderungsbewegung, die über Forderungen die Achse der Entscheide der Regierung ein bisschen zu verschieben sucht, oder entstehen hier Vorstellungen, die ausgehen von einem Marktsektor, der überwölbt wird durch eine Verteilungsplanung, eine Distributionsplanung, wie Ota Sik das nennt? Die westliche Sozialdemokratie vertritt ja nicht dieses Modell. Der Liberalismus hat sich hier so entwickelt, dass die Sozialdemokratie die Rolle spielen konnte. Aber in Osteuropa ist ja genau das nicht zu erwarten.

Jakob Juchler: Es ist vielleicht zu missverständlich, wenn ich von Sozialdemo-

«Was heute in Ost- und Mitteleuropa geschieht, müssen wir als Zusammenbruch verstehen und nicht als Revolution»

kratie spreche. Sie ist sozialdemokratisch von ihrem eigenen Verständnis her. Es handelt sich aber sicher um eine andere Programmatik, mindestens von dem her gesehen, was die Sozialdemokratie politisch im Westen dann gemacht hat. In Osteuropa ist es für sie das Mittel, in der Situation, wo Marktstrukturen notwendig sind, möglichst viel von einem gewissen sozialistischen Ethos hinüberzuretten. Man will keinen Raubbau-Kapitalismus, was viele befürchten. Viele Menschen haben Angst vor einem Manchester-Liberalismus mit Super-Ausbeutung. Entsprechende Erfahrungen mit Kleinbetrieben haben sie ja schon gemacht. In Polen beispielsweise finden etwa 70%, ein solcher Kapitalismus würde die Menschen gnadenlos ausbeuten.

Es ist also nicht eine reine Forderungsbewegung, sondern sie zeigt eine soziale Kraft, auch wenn es schwierig ist, die Forderungen in dieser Zeit umzusetzen. Die aktuelle Privatisierungs-Debatte in Polen ist dafür ein Beispiel: Es gibt harte Kämpfe zwischen der Selbstverwaltungsbewegung, Teilen der Solidarnosc, die das unterstützt, und dem neoliberalen Flügel, die das möglichst zurückstutzen wollen. Sie fürchten, das ausländische Kapital könnte sonst nicht zufrieden sein. Sie bezeichnen es als «Bolschewisierung der Privatisierung», wenn man die Menschen mit Kapitalanteilen am Unternehmen beteiligen würde. Hier finden also politisch-soziale Kämpfe statt. Wenn die Privatisierung in den nächsten fünf Jahren weitergeht, dann werden diese Konflikte sich noch beträchtlich verschärfen. Über den Ausgang bin ich mir noch sehr ungewiss. Ich glaube, dass hier eine Chance für Misch-

modelle existiert. Sie können und wollen nicht einfach alles dem Ausland verkaufen.

Andreas Hoessli: Die Frage ist ja, ob hier etwas neues entsteht, das anknüpft an die positiven Aspekte eines nichtkapitalistischen Systems. Ich bin da sehr skeptisch, weil das System eben in all seinen Aspekten zusammenbricht. Was heute in Ost- und Mitteleuropa geschieht, müssen wir als Zusammenbruch verstehen und nicht als Revolution. Es ist unwahrscheinlich, dass aus einem solchen Crash heraus ein dritter Weg sich auftut mit einem authentischeren Charakter in Bezug auf demokratische Formen eines sozialistischen Systems.

Du hast das auch angetönt. Du hast gesagt, in den nächsten Jahren würden aufgrund der Kämpfe Forderungsbewegungen entstehen. Das glaube ich auch. Es beginnt ja mit den Streiks jetzt in der DDR und in Polen. Aber das sind Abwehrbewegungen ausgehend von Ängsten vor den Folgen einer raschen Einführung der Marktwirtschaft. Ich glaube, diese Systeme krachen zusammen und werden in den kapitalistischen Weltmarkt integriert. Dass nachher dann neue Formen des Widerstandes entstehen ist die grosse Chance, dass etwas überleben kann, was vorher nicht kapitalistisch war. Aber die Integration in den Weltmarkt und selbst die Kolonialisierung dieser Länder scheint mir unvermeidlich.

Ich glaube auch, dass es keine positiven Aspekte des Stalinismus gibt, an denen man anknüpfen kann. Es wurde in diesem System zwar geplant, aber unter Aus-

schluss breiter Schichten der Bevölkerung und unter Terror. Heute steht der Einbezug der Gesellschaft zur Debatte. Geht die Marktentwicklung unter Ausschluss breiter sozialer Schichten vor sich oder können sie hier mitreden. Entsteht aus dem Zusammenbruch des Stalinismus also etwas mehr als eine liberale Marktwirtschaft?

Andreas Hoessli: Mehr als ein schwedisches interventionistisches Modell, meinst du?

Nein, denn ich glaube, dass das schwedische Modell oder etwa die schweizerische «soziale Marktwirtschaft» gar nicht zur Diskussion steht. Die Ressourcen dazu wären gar nicht vorhanden. Deshalb kann man es ja nicht den sozialdemokratischen Weg nennen. Dieser basierte darauf, dass die Ressourcen durch den Kapitalismus zur Verfügung gestellt wurden. In Osteuropa diskutieren wir aber weitgehend über Mangelgesellschaften, die auf einem kaputten System beruhen. Angst und Not können aber zum Motor solcher Beschränkungen der Marktmechanismen werden. Wenn wir das theoretisch diskutieren, sieht es ähnlich aus wie Ota Siks dritter Weg, aber eben nicht im Sinne eines perspektivisch angelegten dritten Wegs, der von breiten politischen Kräften gesucht wird.

Jakob Juchler: Der grosse Widerspruch, den ich sehe, liegt darin, dass politisch

«Viele Menschen haben Angst vor einem Manchester-Liberalismus mit Super-Ausbeutung»

und sozial ein solcher Weg tatsächlich am stärksten akzeptiert würde. Gewisse Ideale – trotz aller stalinistischen Deformation- spielen

dabei mit. Diese Ideale verschwinden nicht einfach. Die soziale Basis ist also gegeben, aber es fehlen die ökonomischen Voraussetzungen – abgesehen vielleicht noch von der Tschechoslowakei. Die Frage ist dann, wie weit werden diese Länder in einen aggressiven, sich umstrukturierenden Weltmarkt eingebunden und dabei peripherisiert. Dabei können lateinamerikanische Verhältnisse entstehen. Das ist meine Befürchtung und die vieler linker oder kritischer Intellektueller Osteuropas. Auch in breiten Kreisen der Bevölkerung existiert diese Angst vor dem Dritt-Welt-Status.

Dieser Widerspruch ist schwierig zu lösen. Trotzdem glaube ich, dass es noch gewisse Optionen gibt. Das hängt auch davon ab, wie sich die Welt weiter entwickelt, wie dieses pseudo-neue Europa aussehen wird, wie sich die Gewerkschaften, die links-grünen und progressiven Kräfte im Westen darauf einstellen, oder ob dieses Europa total dominiert werden wird von Liberalen und Rechten und von kurzfristigen Kapitalinteressen. Hier sehe ich noch Spielräume. Es ist noch nicht alles völlig determiniert.

Wenn man die heutige Entwicklung historisch und formations-theoretisch betrachtet, so kann man sagen, dass die antike Produktionsweise auch zusammengebrochen ist, ohne dass direkt etwas Neues entstanden wäre. Nach langen Übergangszeiten entstand dann die feudale Produktionsweise als neue Variante innerhalb eines traditionellen Zivilisationstyps. Das kann heute wieder geschehen. Das heisst nicht, dass sich der dritte

Weg in Osteuropa entfalten würde. Aber es können Ansätze entstehen, die zurückwirken auf Länder im Westen. Eine gewisse Programmatik in Richtung einer neuen Variante eines modernen, industriellen Zivilisationstyps lässt sich so feststellen. Da sehe ich auch den positiven Aspekt, auch wenn es sich nur um einen Zusammenbruch handelt. Es ist keine bürgerliche Revolution. Es ist nichts, das von unten kommt, das oben stürzt und schon über soziale Mechanismen und eine Programmatik verfügen würde. Das fehlt alles. Trotzdem würde ich das eben nicht so negativ sehen und behaupten, es entsteht einzig ein Chaos. Es gibt positive Optionen. Das sage ich, obwohl ich sonst überhaupt kein Optimist bin.

Andreas Hoessli: Ich sage nicht, es entsteht das Chaos. Der Unterschied zum Zusammenbruch der antiken Produktionsweise liegt aber darin, dass es damals keinen Weltmarkt gab. Deshalb glaube ich, dass aus dem Zerfall des Systems nur die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt folgen kann. Es gibt eine Negativ-Voraussetzung für das Entstehen von Neuem im Vorhandensein eines immensen Staatswirtschaftsbereiches. Die Frage stellt sich für die Regierung: Was tun damit? Zerstückelt man den einfach durch die Privatisierung? Das ist unrealistisch auch im Hinblick auf die Integration in den Weltmarkt. Es ist möglich, dass hier ein Druck entsteht in Richtung Beibehaltung der Staatskontrolle und – unter günstigen

Voraussetzungen – unter Einbezug der Gesellschaft.

Ich denke auch, dass die jetzige Situation vor allem

negativ definiert werden kann und muss, durch das was nicht war oder durch den Stalinismus kaputt gemacht wurde. Aber für diese Integration in den Weltmarkt existieren doch heute – abgesehen für die DDR und vielleicht für die CSFR – gar nicht so gute Voraussetzungen. Wer will denn heute diese kaputten Betriebe kaufen? Der Markt ist auch nicht besonders lockend dadurch, dass grosse Schichten der Gesellschaft verarmt sind.

Jakob Juchler: Das stimmt, aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, dass die wirtschaftlichen Bedingungen durch den Weltmarkt gesetzt werden, was bisher nicht der Fall war. Bisher war die interne Organisation relativ abgeschottet. Zwischen 20 und 40 Prozent wurden auf dem Weltmarkt gehandelt, der Rest untereinander. Das bricht nun zusammen und diktiert eine Reihe von Bedingungen. Wenn eine liberale Politik eingeführt wird – selbst ohne Privatisierungen –, gehen einfach viele Betriebe bankrott. Das ist der Effekt der Weltmarkt-Konkurrenz. Hierüber gibt es auch im Osten keine Illusionen. Die Frage ist: Wie weit kann das aufgefangen werden? Wieviel ausländisches Kapital strömt ein? Ich glaube auch, dass das sehr selektiv geschehen wird in bestimmten Branchen. Resultat davon kann eine strukturelle Heterogenität sein, wie wir sie aus Dritt-Welt-Ländern kennen. Dort fließt auch nicht mehr viel Geld hinein, aber die Wirtschaft ist dominiert durch diesen Einbezug in den

«Trotz vierzig Jahren Totalitarismus werden im Namen der Demokratie alte autoritäre Strukturen errichtet»

Weltmarkt und die Dominanz der internationalen Konzerne, ihrer Marktmacht und ihres technologischen Vorsprungs, der vom alten System des Realsozialismus vollkommen verpasst worden ist. Die meisten dieser Länder waren zudem schon weniger entwickelt und peripherisiert, bevor sie in den Realsozialismus einbezogen wurden.

Ich sehe hier also auch den Hauptwiderspruch. Der Weltmarkt setzt heute andere Bedingungen. Das moderne Weltsystem ist nicht vergleichbar mit dem traditionellen Weltsystem der Antike. Das heisst aber nicht, dass intern nicht Ansätze entstehen können, die in eine neue Richtung gehen. Ich glaube auch nicht, dass dort ein funktionierendes progressives Beispiel entstehen kann wie es England war für die kontinentaleuropäischen Länder am Anfang des 19. Jahrhunderts. Ich sehe aber noch Chancen und nicht nur die Gefahr der völligen Integration in den Weltmarkt und die damit verbundene Peripherisierung. Mindestens als Hoffnung möchte ich das postulieren, denn es schafft auch Ansatzpunkte für progressive Bewegungen im Westen beispielsweise in der Europa-Diskussion.

Andreas Hoessli: Ich bin da viel skeptischer. Du kannst das Ganze ja nicht von der Hoffnung her aufrollen. Wenn ich davon ausgehe, dass es zu einer Kolonialisierung kommt, dann bedeutet das nicht, dass die gesamte Wirtschaft in die Hände von internationalen Konzernen gerät. Es genügt, wenn einige Schlüsselbetriebe oder Industrien aufgekauft werden, um sehr viel zu kontrollieren. Wenn man an die Verschuldung denkt, die jetzt noch zunimmt, sieht man, dass die ganze Ab-

hängigkeit gigantisch wird in Dimensionen von Dritt-Welt-Ländern.

Wenn wir von hier aus das Problem des Nationalismus oder der National-Bewegungen nochmals aufrollen, so frage ich, ob sie einfach das Nachholen verpasster nationaler Chancen bedeuten oder ob sich nicht hier neue soziale Kräfte formieren. Neue soziale Kräfte muss ja nicht zwangsläufig ein erfreulicher Aspekt sein. Es können sich auch die alten stalinistischen Kräfte unter dem Nationalismus neu konstituieren. Ceausescu war eine solche nationalistische Bewegung des Stalinismus. In anderen Ländern verläuft das sicher ähnlich, dass sie sich jetzt als die grossen Nationalisten aufspielen – inklusive in der Sowjetunion, wo Pamjat auch eine Mischung von altem grossrussischem Chauvinismus und Stalinismus ist. Eine zweite Möglichkeit wären neue autoritäre nationalistische Bewegungen, die sich durchaus im Rahmen des Liberalismus konstituieren können. Mit der Pilsudski-Bewegung haben wir dafür in Polen ein historisches Beispiel. Oder als dritte Variante kann der Nationalismus als Selbstbestimmungs-Bewegung entstehen mit einer starken sozialen Komponente, so wie Solidarnosc in Polen.

Andreas Hoessli: Man muss sicher unterscheiden zwischen dem Typus Pamjat und dem Typus der nationalistischen Bewegungen in den sowjetischen Republiken und auch in einzelnen osteuropä-

ischen Ländern, wo bis heute das Selbstbestimmungs-Element dominiert. In Estland, Lettland oder Litauen ist dieser Charakter offensichtlich. Die Gesellschaft will eingreifen.

Deshalb konstituieren sich diese Bewegungen. Andererseits gibt es einen Punkt, auf den diese Bewegungen hinsteuern bei der Frage um die Loslösung, dass sie nie die Erfahrung machen konnten, was das bedeutet. Hier beginnen sich diese Elemente zu vermischen vom Selbstbestimmungs-Element bis hin zum autoritären nationalistischen Moment. Hier kann das sehr schnell kippen.

Jakob Juchler: Ich würde das ähnlich sehen. Die Situation ist aber auch unterschiedlich je nach Land. Die grösste Gefahr solcher neostalinistischer nationaler Bewegungen herrscht sicher in der russischen Republik selber. In Polen oder Ungarn sehe ich diese Gefahr weniger. Hier sind eher rechtsnationale liberale Bewegungen stark. Der Neostalinismus hat hier keine Chance mehr. Es gibt auch keine sozialen Kräfte mehr, die das aufnehmen würden.

Am sichtbarsten sind die Konturen sicher in Polen. Solidarnosc können wir definieren als Mischung einer Nationalbewegung und einer Gewerkschaftsbewegung. Zeichnen sich hier auch andere Varianten ab innerhalb und ausserhalb?

Jakob Juchler: Beides ist schon am entstehen. Der Charakter von Solidarnosc hat sich jetzt schon gewandelt. 1980/81 war das eine nationale Volksbewegung mit neun Millionen Mitgliedern. Wenn innerhalb von sechs Monaten drei Viertel

«Wir unterschätzen hier im Westen die Bedeutung der Existenz einer Zivilgesellschaft für das Funktionieren des politischen Systems»

einer Bevölkerung in eine Bewegung eintreten, dann ist das mehr als eine Gewerkschaftsbewegung, sondern eine sehr moralistisch orientierte nationale Erneuerungsbewegung, wie sie das auch selber definiert haben. Heute umfasst Solidarnosc noch knapp 2 Millionen Mitglieder, nicht mehr die gleichen Leute wie früher. Heute sind auch viele Neu-Opportunisten und Karrieristen in führenden Stellen dabei. Solidarnosc funktioniert als eine Art Regenschirm, wie sie das auch auf dem Plakat für den letzten Kongress gezeigt haben. Verschiedenste Fraktionen und politische Orientierungen finden hier zusammen. Die Rechte geht heute in die Offensive. Leute wie *Adam Michnik* sollen herausgedrängt werden. *Lech Walesa* haben sie unter ihren Einfluss gebracht. Wenn sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert ist es wahrscheinlich, dass diese Solidarnosc-Rechte enger mit rechtsnationalen Kreisen zusammengehen wird.

Es kann natürlich auch anders geschehen, wie es sich jetzt für die Gemeinderatswahlen gezeigt hat. Der Vormarsch der Rechten hat sich weniger innerhalb der Solidarnosc ausgedrückt als ausserhalb. Es sind eigentliche Anti-Solidarnosc-Blöcke entstanden, in denen die Rechten den Ton angeben. Sie konkurrieren damit die Bürgerkomitees der Solidarnosc, die ja immer noch keine Partei ist, aber trotzdem an den Wahlen teilnimmt.

Andreas Hoessli: Die Entwicklung in Polen heute beweist, dass Solidarnosc 1980/81 eine gesellschaftliche nationalistische Aufstandsbewegung war. Heute gibt es keine Perspektiven. Man muss

immer daran denken, was es bedeutet, in diesen Ländern zu leben. Darum zersplittet sich die Bewegung und wachsen irrationale Elemente. Das macht mich skeptisch für die Möglichkeit eines Neuanfangs. Es ist heute eben ein Zusammenbruch und kein Aufbruch im Bewusstsein der Menschen.

Jakob Juchler: Das sehe ich doch etwas anders. Solidarnosc ist doch gerade für die Menschen noch die letzte Hoffnung, obwohl viele nicht mehr Mitglied sind. Alle Umfragen zeigen die hohe Popularität von Solidarnosc wie 1981, aber sie ist eben keine Massenbewegung mehr und sie ist desillusionierter. Man weiss nicht, wohin alles gehen soll. Deshalb unterstützt man ja auch einen Kurs, der eigentlich für eine Gewerkschaft selbstmörderisch ist. In diesem Jahr 40% Rückgang der Reallohne, jeden Monat kommen ungefähr 100'000 Arbeitslose dazu. Die letzte Hoffnung ist ein Neuanfang. Deshalb die Akzeptanz der «Schocktherapie». Es schwirren dabei viele illusionäre Hoffnungen herum, die Solidarnosc nochmals zu ihrer grossen Popularität verholfen haben. Die wird aber zusammenbrechen, wenn der Aufschwung nicht kommt.

Dieser Aufschwung wird ja kurzfristig auch nicht kommen. Das heisst doch aber auch, dass mittelfristig ein Platz besteht für eine progressive, partizipative Nationalbewegung – im Gegensatz

eben zu einer autoritären Nationalbewegung.

Jakob Juchler: Ich sehe eher, dass sich diese Varianten trennen. Die

partizipativen Kräfte sind nicht nationalistisch, die nationalistischen Kräfte sind eher autoritär und staatsgläubig. Und das trotz 40 Jahren Totalitarismus. Das ist der Widerspruch. Im Namen der Demokratie werden alte autoritäre Strukturen errichtet. Von daher sehe ich den Platz für eine partizipativ nationaldemokratische Bewegung nicht.

Andreas Hoessli: Rein spekulativ gäbe es zwei Ansatzpunkte für so etwas. Einerseits die Frage nach den Staatsbetrieben als politische Frage und andererseits die Dynamik der Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Es gibt Anzeichen wie die neue Arbeiterbewegung in der Sowjetunion, eine relativ gut ausgebildete und bewusste Arbeiterklasse. Hier könnte so etwas entstehen. Aber auch so sind das Negativ-Bewegungen, die sich nur schwerlich positive Perspektiven setzen können. Wir unterschätzen hier im Westen immer wieder die Bedeutung der Existenz einer Zivilgesellschaft für das Funktionieren des politischen Systems. Unter diesen ökonomischen Voraussetzungen eine unkorruptive politische Sphäre entstehen zu lassen, ist praktisch unmöglich.

Besten Dank Andreas Hoessli und Jakob Juchler für dieses Gespräch.